

vorstehenden Tagung die öffentliche Abstimmung beseitigen, nun, so werden wir, durch diesen ersten Erfolg ermutigt, weiteres beschliessen.

Wenn die bisher angeführten Punkte der Tagesordnung nicht ausreichen, um die vorgesehenen drei Verhandlungstage auszufüllen, so ist ausser dem schon erwähnten Referat Legiens noch als letzter Gegenstand ein Referat des Genossen Hirsch-Charlottenburg *Selbstverwaltung und Gemeinde* angesetzt. An wichtigem Stoff kann es also dem zweiten Preussentag nicht mangeln.

Ein Wort noch zur äusseren Gestaltung des Preussentages. Mir will es bedünken, dass sie um so besser ist, je einfacher sie ausfällt. Wenn wir unsere deutschen Parteitage mit Recht als *Marksteine* in der Entwicklung der Sozialdemokratie feiern mögen, mit den Preussentagen stehen wir erst am ersten, recht bescheidenen Anfang; bisher hat sich — sprechen wir aus, was ist! — mehr der gute Wille, als das tatkräftige Zugreifen gezeigt. Überdies sollte der Preussentag an Glanz und Ausdehnung gar nicht mit den deutschen Parteitag in Wettbewerb treten. Anlass zu dieser Bemerkung gibt uns die Bestimmung des Organisationsentwurfs, wonach die einzelnen Kreise bis zu 5 Delegierten entsenden dürfen. So sehr die wenigstens angenäherte proportionale Vertretung zu begrüessen ist, so sollte doch die Höchstzahl von 3 Delegierten festgestellt werden, mit der sich für den deutschen Parteitag selbst die grössten Kreise begnügen, obgleich dort das gleiche Recht auch dem kleinsten zusteht. Es scheint fast, als ob die Väter des Entwurfs über den Mangel eines arbeitsfähigen, vom Preussentag selbst abhängigen Vorstandes und über den Mangel einer eigenen Finanzgebarung durch einen vielköpfigen Parteitag hinwegtrösten wollten: ein Verfahren, das einer wahrhaften Demokratie wenig entsprechen würde. Statt des *Videant consules* möchten wir hier ein *Videat populus* rufen, damit nicht durch eine unangebrachte Rücksichtnahme auf Parteitraditionen die wichtigste Aufgabe der inneren Politik, Deutschlands leide: die Niederzwingung der Reaktion in Preussen.

XX

## EDUARD BERNSTEIN · DER BLOCK, DER FREISINN UND DAS LANDTAGSWAHLRECHT



UF den Parteitag der freisinnigen Volkspartei ist Anfang Oktober der Parteitag der Nationalliberalen gefolgt. Unzweideutiger noch, als jener, hat er gegen die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf den preussischen Landtag Stellung genommen. Wenn der Freisinn hinsichtlich des Bülowblocks noch gern das Mädchen vom Lande spielt, das sich etwas ziert, bevor es Platz nimmt, so fühlt der Nationalliberalismus in Gestalt seiner alten Führer Bassermann, Paasche etc. sich im Parteimischmasch wohl, wie der Fisch im Wasser. Oder vielmehr, wie der Frosch im Sumpfgewässer. Er überlässt gerne der dummen Forelle den schnell dahinschiessenden Gebirgsbach, dessen Wasser so lächerlich durchsichtig ist. Viel bequemer fängt man im Trüben Fliegen und was sonst zur Nahrung gut tut. Gemischt, recht gemischt muss die Gesellschaft sein, wo seine Sterne strahlen.

Im vorigen Heft dieser Zeitschrift habe ich die Spezialitäten der drei rechts vom Freisinn stehenden Blockparteien hinsichtlich des Landtagswahlrechts dahin charakterisiert: Nationalliberale = Bildungszensus, Freikonservative = Steuer-

zensus, Konservative = ständische Vertretung<sup>1</sup>). Der nationalliberale Parteitag und die Diskussionen, die ihm folgten, haben eine interessante Illustration dazu geliefert: Kaum hatte auf jenem Herr Bassermann die Lanze für ein Pluralwahlrecht geschwungen, so bekämpfte auch schon der Konservative Dietrich von Oertzen diesen Gedanken im *Tag* mit der Argumentierung, dass ein »diskretes« Pluralwahlrecht, wie das belgische, der Umsturzpartei gegenüber versagen, ein Bildung und Besitz energisch berücksichtigendes Wahlgesetz aber die alte plutokratische Wirkung nur auf neuer Basis wiederholen und die Wut über Entrechtung zum Paroxysmus steigern würde. Diese Ausführung zeigt, dass der Vertreter für Zauch-Belzig-Luckenwalde so weit eine recht gute Witterung hat; sie verlässt ihn freilich, wenn er auf das konservative Heilmittel eines ständischen Wahlrechts zu sprechen kommt, denn dieses würde von der Arbeiterklasse und den ihr gleichgestellten Gesellschaftsschichten nicht weniger leidenschaftlich, ja noch leidenschaftlicher bekämpft werden müssen, als jedes direkt oder durch Bildungsvorschriften und dergleichen verhüllte plutokratische Wahlsystem. Für die Sozialdemokratie sind beide Systeme gleich indiskutabel.

Das ist indes ein anderes Kapitel. Was zunächst das Verhältnis der beiden bezeichneten Wahlsysteme zu einander betrifft, so mag es manchem auf den ersten Blick als ein unbedingter Gegensatz erscheinen. Denn es gehört nur eine mässige Kenntnis der sozialen Tendenzen unserer politischen Parteien dazu, um sich sagen zu können, dass die Nationalliberalen ein Pluralwahlrecht deshalb wollen, weil eine auf Grund seiner gewählte Vertretung voraussichtlich Niederhaltung der sozialdemokratischen Vertreterzahl mit Niederhaltung zunftbürgerlich-feudaler Eingriffe ins Wirtschaftsleben verbinden würde, die Konservativen aber von einer ständischen Vertretung, neben Begrenzung der möglichen Vertretung der Arbeiter, eine Einschränkung der Übermacht von Handel und Industrie erhoffen. Eine Gegensätzlichkeit der Absichten, die in der Tat nicht zu überbrücken wäre, wenn nicht die Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie heute bei beiden Parteien noch stärker ins Gewicht fielen. Gemeinsamkeit im Kampf gegen einen gefürchteten dritten ist der festeste Kitt, und so werden sich Kapital und Grundbesitz in dieser Frage zu guter Letzt ebenso auf eine mittlere Linie zu einigen suchen, wie sie es in der Zollfrage, in der Frage der Börsengesetzgebung und noch unzähligen anderen Fragen bisher schon getan haben. Was auch hüben und drüben noch geschrieben und geredet werden wird, es wäre doch nichts verfehler, als auf die Unvereinbarkeit der Interessen und Ideologien dieser Kreise irgend welche Spekulation zu basieren. Die 1 800 000 Stimmen, die bei der Reichstagswahl von 1907 in Preussen für die Sozialdemokratie abgegeben wurden, machen im Ernstfalle noch ganz andere Kompromisse möglich, als einen Ausgleich zwischen dem Prinzip der Pluralstimmen und dem Prinzip der Verteilung der Mandate nach Besitz- und Berufsständen. Gerade in Preussen, wo die körperschaftliche Entwicklung ohnehin schon auf den verschiedensten Gebieten ausgebildet ist, würde die Lösung dieses Problems auf weniger Schwierigkeiten stossen, als anderwärts. Wie der Landtag jetzt beschaffen ist, würde übrigens beim Ausgleich das ständische Prinzip das Übergewicht haben, da die Konservativen allein über mehr Stimmen verfügen, als Nationalliberale und Freikonservative zu-

<sup>1</sup>) Vergl. meinen Artikel *Die Aussichten der Wahlrechtsreform in Preussen* in diesem Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 822 ff.

sammengenommen, ausserdem aber das Zentrum zur Seite hätten, das namentlich unter seinen ostelbischen Mitgliedern sehr entschiedene Anhänger der ständischen Vertretung zählt. Ist doch die ganze katholische Staatsauffassung eine ständische.

Ich halte es daher auch nicht für wahrscheinlich, dass das Zentrum etwa deshalb, weil es jetzt in der Opposition ist, aus Trotz gegen den Bülowblock irgendwie ernsthaft für das allgemeine, gleiche, direkte Landtagswahlrecht ins Feuer gehen wird. Im Zentrum treibt man keine Gefühlspolitik. Allenfalls wird man mit Rücksicht auf den linken Flügel der Partei und die im Zentrumsgefolge marschierenden Arbeiter irgend welche Kundgebung veranstalten, die nach Befürwortung jenes Wahlrechts aussieht, aber man wird sich auf keine ernsthafte Aktion zu dessen Erkämpfung einlassen. Die schönen Zeiten sind vorbei, wo man im Lager der römischen Kirche sich das Spielen mit der Revolution erlauben durfte. Die massgebenden Führer des Zentrums legen im Gegenteil Wert darauf, den konservativen, *staatserhaltenden* Charakter ihrer Partei bei jeder Gelegenheit zu betonen. Es ist aber klar, dass, da Regierung, Herrenhaus und die Mehrheit der Landtagsabgeordneten gegen die Einführung des demokratischen Wahlrechts in Preussen sind, eine ernsthafte Bewegung für dieses Wahlrecht gegebenenfalls durch ausserparlamentarische Demonstrationen grössten Stils unterstützt werden müsste, die in Regierungskreisen für *revolutionär* angesehen und verpönt werden würden. Und dass das Zentrum sich auf irgend welche Agitationen dieser Art nicht einlassen wird, haben seine Organe schon deutlich zu verstehen gegeben. Es wird ihnen im Gegenteil entgegenwirken, wo es nur kann, es wird, wo katholische Arbeiter dergleichen veranstalten oder mitmachen, sie desavouieren, es wird, mit einem Wort, die Welt durch seine *legale* Haltung in Erstaunen setzen. Im Landtag aber wird es voraussichtlich gleich dem Freisinn mit der Grossherzogin von Gerolstein erklären: »Wenn man nicht kriegt, was man liebt, dann liebt man, was man kriegt.« Nach Salvierung seiner Haut gegenüber dem linken Flügel der Partei aber wird es für diejenigen *Verbesserungsanträge* stimmen, die ihm am sympathischsten sind, das heisst sich seinen ständischen Idealen am meisten annähern. Es ist ratsam, diese Wahrscheinlichkeit, die sich aus der ganzen Natur des preussischen Zentrums ergibt, rechtzeitig ins Auge zu fassen.

Das ist überhaupt bei unserem Kampf für das demokratische Wahlrecht in Preussen so charakteristisch und verbietet uns, aus den Erfolgen, die mit bestimmten Agitationen in anderen Ländern erzielt wurden, kurzerhand Schlüsse auf ihre Wirkungen bei uns zu ziehen: Wir haben den am stärksten organisierten und zentralisierten Regierungsapparat der Welt gegen uns, aber nicht eine der bürgerlichen Parteien mit oder auch nur neben uns. Wie das gekommen ist, will ich hier nicht untersuchen. Wohl aber sei der Auffassung entgegengetreten, dass es die notwendige Folge der wirtschaftlichen Entwicklung sei, wie sie sich besonders in Preussen mit Hochdruck vollzieht. Diese Entwicklung müsste vielmehr, besonders, soweit sie dem Bilde entspricht, wie es in den Köpfen der grossen Mehrheit der Sozialdemokratie lebt, und das rasche Konzentrierung der Betriebe und Vermögen heisst, eher das entgegengesetzte Resultat zur Folge haben. Denn neben der Zahl der Lohnarbeiter muss sie auch die Zahl solcher Zwischenexistenzen rasch vermehren, deren wirtschaftliche Interessen sie zu grösseren Gegnern der Plutokratie, als der Demo-

kratie macht. Die Berufsstatistik weist denn auch ein beträchtliches Wachstum dieser Schichten auf. Aber im Parteikampf macht sich ihr Einfluss nicht in dem Sinne bemerkbar, wie es nach unserer Auffassung eigentlich der Fall sein sollte.

Ich habe vor einiger Zeit, um eine Übersicht über die proportionale Entwicklung der politischen Parteien Deutschlands im letzten Jahrzehnt zu gewinnen, die in den drei Reichstagswahlen 1898, 1903 und 1907 auf die wichtigsten Parteien entfallenen Wahlziffern in Gruppierung nach wirtschaftlichen Grundtendenzen zusammengestellt und das folgende interessante Bild erhalten: Es bekamen in runden Zahlen Stimmen:

Partei	1898	1903	1907	Prozentuale Zunahme von 1898 bis 1907
Konservative . . . . .	859 000	948 000	1 071 000	24,69
Reichspartei . . . . .	344 000	333 000	447 000	29,94
Antisemiten	530 000	667 000	881 000	66,22
Bauernbündler				
Also konservative Gruppen .	1 733 000	1 948 000	2 399 000	38,43
Zentrum . . . . .	1 455 000	1 875 000	2 183 000	50,04
Also antiliberalen Gruppen . .	3 188 000	3 823 000	4 552 000	43,78
Freisinnige Volkspartei . . .	558 000	543 000	735 000	31,72
Freisinnige Vereinigung . . .	196 000	243 000	343 000	75,00
Süddeutsche Volkspartei . . .	108 000	91 000	148 000	37,04
Also linksliberalen Gruppen . .	862 000	877 000	1 226 000	42,22
Nationalliberale . . . . .	971 000	1 313 000	1 665 000	70,44
Also liberale Gruppen . . . . .	1 833 000	2 190 000	2 881 000	57,12
Sozialdemokraten . . . . .	2 107 000	3 011 000	3 259 000	54,67
Gesamtwähler dieser Gruppen	7 128 000	9 024 000	10 722 000	50,42
Insgesamt abgegebene Stimmen	7 752 693	9 495 585	11 262 756	45,82

Danach haben die antiliberalen Gruppen zusammen eine geringere, die liberalen als Ganzes eine stärkere prozentuale Vermehrung der Stimmen erfahren, als die Sozialdemokratie. Innerhalb der grossen Gruppen haben die freisinnige Vereinigung, die Nationalliberalen und die *Wirtschaftliche Vereinigung* grössere prozentuale Zunahme, als die Sozialdemokratie, während Zentrum, die beiden konservativen Parteien und die beiden Volksparteien hinter ihr zurückgeblieben sind. Die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen ist stärker, als die Durchschnittssteigerung, hebt sich jedoch nicht sonderlich über sie hinaus. Nun sind diese Zahlen nur mit grossem Vorbehalt zu lesen, da die Wahlen von 1907 mit ihrer nie zuvor erreichten Beteiligungsziffer Ausnahmewahlen waren, bei denen unter Hochdruck Wähler für die Blockparteien eingefangen wurden. Indes haben sie immerhin einen Anzeigewert für die grossen Strömungen im Gesellschaftsorganismus und lassen erkennen, dass eine nach Millionen zählende Schicht von Wählern, die alles mögliche, nur nicht Kapitalisten oder am Kapitalismus interessiert, sind, unter die nichtsozialistischen Parteien sich verteilt. Von ihnen müsste ein sehr grosser Prozentsatz, wenn er auch den entscheidenden Schritt zur Sozialdemokratie noch nicht machen

mochte, doch kraft seiner Existenzbedingungen auf eine Politik im Sinne der Sozialdemokratie und namentlich auf gründliche Demokratisierung des Staats hindrängen. Aber das Verhalten der nichtsozialistischen Parteien lässt wenig von einem solchen Einfluss merken.

Interessant ist unter diesem Gesichtspunkt, dass wenigstens die beiden ausgesprochen konservativen Parteien in der erwähnten Epoche den geringsten Stimmenzuwachs zu verzeichnen hatten, gegen 1898 im Verhältnis zu den übrigen Parteien am meisten zurückgegangen sind. Und am ungünstigsten stellen sich von ihnen wiederum die Konservativen, die, bei einem allgemeinen Zuwachs von über 45 %, ihre Stimmen um noch nicht 25 % vermehrten. Auf der anderen Seite sind es die freisinnige Vereinigung und die Nationalliberalen, die mit dem grössten prozentualen Aufschwung prunkten. Dank seiner stellt sich die Gruppe aller Liberalen besser, als der Gesamtdurchschnitt, während die Gruppe der Linksliberalen hinter ihm zurückblieb. Die Zahlen dieser letzteren verdienen besondere Beachtung. Sie erklären uns, warum im Rat der Führer dieser Gruppe wenig Neigung besteht, mit der Blockpolitik zu brechen. Von 1898 auf 1903 ist von einem Stimmengewinn des Linksliberalismus überhaupt nichts zu merken. Von dem allgemeinen Zuwachs der Wählerzahl fällt so gut wie nichts auf ihn. Er stagniert. Was die freisinnige Vereinigung gewinnt, verlieren die beiden Volksparteien. Ganz anders 1907, unter dem Zeichen des Blocks. Da gewinnen die drei Fraktionen zusammen nahezu 350 000 Stimmen, und die Zahl ihrer Mandate steigt von 36 auf 47. Den grössten Gewinn verzeichnet die freisinnige Volkspartei, die in Hinsicht auf Mandate wie Wähler mit grösseren Zahlen aufwarten kann, als freisinnige Vereinigung und süddeutsche Volkspartei zusammengenommen. Sie hängt denn auch am festesten am Block.

Ich unterlasse es, die vielen treffenden Argumente zu wiederholen, die vom demokratischen Standpunkt aus gegen den Anschluss der Freisinngruppen an den Bülowblock ins Feld geführt worden sind. Alles weist darauf hin, dass, von radikal demokratischen Reformen ganz abgesehen, die Blockpolitik schwerlich irgend welche liberale Reform eintragen wird, für die nicht auch ohne sie eine Mehrheit im Reichstag zu stande zu bringen wäre. Indes kann man es den demokratischen Elementen im Freisinnslager überlassen, den Anschluss ihrer Parteien an den Block zu bekämpfen. Für die Sozialdemokratie als Draussenstehende genügt es, die Tatsache selbst zur Kenntnis zu nehmen, die politischen Preisgebungen, zu denen sie führt, zu kennzeichnen und die Folgerungen für ihre Taktik daraus zu ziehen.

Von vorn herein lässt sich gar nichts dagegen sagen, dass politische Parteien parlamentarische Bündnisse oder Abmachungen eingehen. Die politischen *Blocks* sind durchaus keine Erfindung der Neuzeit. Die beiden grossen historischen Parteien Englands sind seit Generationen immer nur *Blocks* gewesen, deren Einzelteile sehr divergierende Interessen und Forderungen vertraten. Die sie konstituierenden Gruppen fanden sich jeweilig unter grossen politischen Gesichtspunkten zusammen, und im Verhältnis ihrer Kräfte zu einander wurde das Ministerium gebildet und seine Politik bestimmt. Unter solchen Umständen konnten 1880 der damals noch sehr radikale Chamberlain und der nicht minder radikale Charles Dilke neben dem whiggistischen Marquis Hartington ins Ministerium Gladstone eintreten, von 1885 ab ein Sir John Gorst, der an

sozialpolitischem Radikalismus von keinem Bürgerlichen übertroffen wird, einem Ministerium angehören, an dessen Spitze der Erztory Lord Salisbury stand. Ein Blick auf die Gesetzgebungsarbeit dieser Ministerien zeigt, dass den radikalen Elementen jedesmal sehr bestimmte und wichtige Zugeständnisse gemacht wurden. Und nun vergleiche man damit den deutschen Block, *Marke Bülow*. Davon, dass die Blockparteien auf dem Wege der Verhandlung die Minister auswählten und damit den Geist der Verwaltung der verschiedenen Ministerien bestimmen — die Kontinuität in reinen Fachangelegenheiten wird in England durch das Institut der dauernden, das heisst vom Ministerwechsel nicht betroffenen Unterstaatssekretäre gesichert —, ist hier keine Rede. Die Parteien bestimmen nicht die Minister, sie werden nur von Zeit zu Zeit mit irgend einem neuen Minister überrascht und dürfen dann kombinieren, in welchem Sinn er möglicherweise sein Ressort leiten wird. Und wenn es nur die Personenfrage wäre! Aber wo ist die Spur einer leidlich bestimmten Politik, eines fassbaren Regierungsprogramms, wonach man den Bülowblock beurteilen und seinen politischen Wert bemessen könnte? Wer danach fragt, erhält die Berliner Antwort: »Nichts Gewisses weiss man nicht.« Die Blockparteien gewähren noch immer das erhebende Beispiel, dass die konservative Presse versichert, die Blockpolitik werde unter keinen Umständen liberale Politik sein, die liberale aber die *Hoffnung* ausdrückt, sie werde doch et was liberal sein. Die englischen und französischen Blocks sind ja auch keine Ideale, aber wenn man sich der Programme erinnert, mit denen ein Waldeck-Rousseau, ein Combes zu ihrer Zeit vor das Land traten, und die sie mit Hilfe der hinter ihnen stehenden Koalitionen durchführten, wenn man die klare und bestimmte Rede liest, mit der Campbell-Bannermann am 5. Oktober den Winterfeldzug seiner Regierung eröffnet hat, dann begreift man erst, was für eine Karikatur wirklich parlamentarischen Lebens das deutsche Wesen ist, das den Namen *Block* trägt.


Und um dieses Wechselbalgs willen wurde Herr Naumann von den freisinnigen Volksparteilern abgekanzelt, weil er es sich habe beikommen lassen, zu einem fröhlichen Kampf für das allgemeine, gleiche und direkte Landtagswahlrecht die Fanfare zu blasen. Nicht besser scheint es Herrn Barth mit seinem Vorschlag gehen zu wollen, als Unterpand des guten Willens von der Regierung für die Wintersession des Landtags die Einbringung eines Notgesetzes zu verlangen, das die öffentliche Stimmabgabe durch die geheime ersetzt, so dass die Wahl des neuen Landtags, der die Wahlrechtsreform vornehmen soll, wenigstens in diesem Punkt unter anständigen Bedingungen erfolgen könnte. Für die Sozialdemokratie hiesse diese Änderung, wie das Beispiel Sachsens zeigt, kaum Verbesserung ihrer Aussichten auf Abgeordnetenmandate, sie würde nur dadurch, dass sie auch die abhängigen Nichtproletarier in die Lage versetzte, nach ihrer Überzeugung zu stimmen, die Möglichkeit schaffen, dass der kommende Landtag ein etwas weniger konservativ-klerikales Gepräge erhalte. Sie müsste deshalb die selbstverständliche Massnahme einer Regierung sein, die eine einigermaßen fortschrittliche Wahlreform vorhat. Indes, bis jetzt sieht es so aus, als ob selbst dieser so gemässigte Vorschlag keine Gnade im Lager der Freisinnigen Volkspartei finden soll, da er den Block sprengen könne. Bleibt es dabei, dann schwindet auch der letzte Zweifel, dass die Regierung und ihre Verbündeten an keine Wahlreform denken, die von der Arbeiterklasse auch nur als eine Abschlagszahlung betrachtet werden kann.

Was aber dann? Wir werden selbstverständlich suchen, die noch im Gefolge der Freisinnigen und des Zentrums laufenden Arbeiter gegen die Politik dieser Parteien mobil zu machen, und gewisse Erfolge werden wir sicher dabei erzielen. Ob sie aber ausreichen werden, die Parteien zu einer Änderung ihrer Politik zu nötigen, das scheint mir ziemlich zweifelhaft. Das Gros der Zentrumswähler sind Kleinbürger und Bauern, sowie Landarbeiter, an die wir schwer herankommen, und auch bei den Freisinnigen spielen die uns zugänglichen Lohnarbeiter nur einen unbedeutenden Bruchteil ihrer Wählerschaft. Es wäre falsch, die Opposition, die im Freisinnslager gegen die Blockpolitik ankämpft, gering einzuschätzen. Sie scheint zu wachsen, und es wird vielleicht der Moment kommen, wo eine Kooperation aller kampfbereiten Verfechter des allgemeinen Wahlrechts Form annehmen wird. Aber noch ist der Zeitpunkt nicht da. Wohin die Mehrheit der Freisinnigen tendiert, lehrt ein Blick auf die Entstehungsgeschichte der jetzigen Reichstagsmandate der Freisinnsdreierheit. Zwei Drittel davon verdankt sie dem Block und dem Zentrum, und nur ein Drittel hat sie durch Stichwahlunterstützung von seiten der Sozialdemokratie erlangt. Bei den freisinnigen Volksparteilern, die in diesem Dreibund den Ton angeben, ist das Verhältnis: 20 Mandate vom Block und 7 von der Sozialdemokratie. Wenn auch nicht in jedem einzelnen Fall, so wird doch in der Regel die Erinnerung an die Wahlbundesgenossenschaft auf die Politik zurückwirken. Bleibt das Mittel der Bearbeitung der Parteien und der Regierung durch ausserparlamentarische Aktionen stärkerer Art, als blosse Versammlungen mit den üblichen Reden und Resolutionen. Als solche sind Massenspaziergänge, politische Streiks etc. in Vorschlag gebracht. Dass die deutsche Sozialdemokratie, wenn sie zu diesen Mitteln der Demonstration zu greifen sich entschliessen sollte, sie auch mit Wucht ins Werk setzen würde, bezweifle ich keinen Augenblick. Gerade darum aber muss betont werden, dass wir bei der jetzigen Konstellation der Parteien bei diesen Demonstrationen keinerlei Rückhalt im preussischen Parlament, sondern alle Parteien gegen uns haben werden. Täuschen wir uns also darüber nicht, dass es bei den Massnahmen, über die wir uns zu entschliessen haben, je nachdem heissen würde: entweder alles aufs Spiel gesetzt oder Hand davon! Halbheiten bleiben wirkungslos.

Das ist die augenblickliche Sachlage. Mit Rücksicht auf sie wird der am 21. November zusammentretende Preussentag seine Entscheidungen zu treffen haben. Es ist eine schwere Aufgabe, die ihm damit gestellt ist. Aber er wird sie getreu dem Geist der alten Parteipolitik zu lösen wissen: furchtlos, doch zu keiner Zeit kopflos.

XX

## MAX SCHIPPEL · DIE INNERE POLITIK PREUSSENS

 S gab einst, in den sechziger und siebziger Jahren, eine Zeit, in der Preussen den Liberalismus, die vorwärtstreibende Strömung jener Tage brauchte, um in Gesamtdeutschland auf *moralische Eroberungen* auszugehen. Wenn der Frankfurter Abgeordnetentag »die Bildung einer durch die Nation frei und unmittelbar erwählten Repräsentation als die unerlässliche Vorbedingung« jeder Bundeseinheit erklärte, so hatte Bismarck gleichfalls, fast gleichzeitig und wörtlich fast gleichlautend, zum Entsetzen des ostelbischen Junkertums, an den Freiherrn von Werther geschrieben: